



An den Grossen Rat

10.5036.03

JSD/P105036

Basel, 21. Mai 2014

Regierungsratsbeschluss vom 20. Mai 2014

## **Anzug Ursula Metzger Junco P. und Konsorten betreffend «Verbot der Prostitution Minderjähriger»**

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 18. April 2012 den nachstehenden Anzug Ursula Metzger Junco P. und Konsorten dem Regierungsrat zur Stellungnahme überwiesen:

«Die Prostitution ist in der Schweiz nicht verboten und somit mit dem Erreichen des 16. Lebensjahres (Ende des Schutzalters) legal. Verboten ist sie lediglich, wenn ein Dritter die Notlage einer Person ausnützt und sie zur Prostitution zwingt oder sie dazuführt (Art. 187, Art. 193 Art. 195 StGB). Weder jugendliche minderjährige Sexarbeiterinnen noch die Freier 16-jähriger Prostituierten machen sich strafbar. Andererseits ist die 16-jährige Sexarbeiterin noch nicht volljährig und somit in vielen Bereichen des täglichen Lebens nicht entscheidungsberechtigt und selbstverantwortlich handelnd.

Die EinwohnerInnen von Basel-Stadt haben erst letztes Jahr den 16- bis 18-jährigen das Stimm- und Wahlrecht verweigert, u.a. mit der Begründung, dass diese jungen Menschen noch keine "derart tiefgreifenden Entscheidungen" fällen könnten. Hier klafft ein Widerspruch.

Es ist nachgewiesen, dass Prostitution nachhaltige Auswirkungen auf die physische und psychische Gesundheit von Sexarbeiterinnen hat. Davon, dass diese Beeinträchtigungen bei Jugendlichen noch viel ausgeprägter sind, muss ausgegangen werden. Nicht verständlich ist daher, weshalb der Staat seine Aufgabe, nämlich das Kindeswohl in allen Lebensbereichen zu schützen - und dazu gehört auch der Schutz Jugendlicher vor sich selbst - nicht wahrnimmt und seinen aus der UNO-Kinderrechtskonvention abgeleiteten Pflichten nicht nachkommt.

Kinder- und Jugendprostitution ist auch in Basel ein Tabuthema, obwohl die Nachfrage wie auch das Angebot dieser Dienstleistung steigt. Es gibt einige Jugendliche, die sich bewusst prostituieren, um rasch zu Geld zu kommen um sich Luxusartikel zu leisten. Die Jugendlichen sind sich des Risikos, dem sie sich dabei aussetzen, oftmals nicht bewusst.

Für unter 18-Jährige soll ein Verbot der Prostitution eingeführt werden. Dabei muss gewährleistet werden, dass die jugendlichen Sexarbeiterinnen nicht kriminalisiert werden. Vielmehr muss bei den Freiern angesetzt werden, welche die Dienstleistung dieser Jugendlichen in Anspruch nehmen und so dazu beitragen, dass dieses Gewerbe floriert.

Einem Freier ist es zumutbar, abzuklären und nachzufragen, ob eine junge Sexarbeiterin volljährig ist. Neu soll eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, welche die Möglichkeit einräumt, den konsumierenden Freier, der von einer Minderjährigen oder einem Minderjährigen Sex gegen Geld kauft, strafrechtlich zu belangen und zur Verantwortung zu ziehen.

Der Kanton Genf hat eine solche Strafnorm als erster Kanton eingeführt und umgesetzt und eine gesetzliche Regelung erlassen, welche die Prostitution von Minderjährigen verbietet. Basel-Stadt soll diesem Beispiel folgen und eine entsprechende Strafbestimmung (evtl. ins kantonale Übertretungsstrafgesetzbuch) aufnehmen.

Die Unterzeichnenden fordern den Regierungsrat deshalb auf, eine gesetzliche Regelung für das Verbot der Prostitution Minderjähriger auszuarbeiten, wobei zu beachten ist, dass

- die Freier in die Verantwortung genommen und strafrechtlich beurteilt werden und
- dass keine Kriminalisierung der Jugendlichen vorgenommen wird.

Ebenso wird die Regierung aufgefordert, ein Aufklärungsprogramm an den Schulen und in der Öffentlichkeit zu lancieren, damit Jugendliche über die Risiken und Gefahren der Prostitution aufgeklärt, die potentiellen Freier für die Thematik sensibilisiert und das Thema der Prostitution Minderjähriger öffentlich diskutiert werden.

Ursula Metzger Junco P., Sibylle Benz Hübner, Brigitte Hollinger, Daniel Stolz, Philippe Pierre Macherel, Remo Gallacchi, Christine Locher-Hoch, Bruno Jagher, Martina Bernasconi, Michael Wüthrich, Esther Weber Lehner, Helen Schai-Zigerlig, Doris Gysin, Eduard Rutschmann, Annemarie Pfeifer, Patricia von Falkenstein, Sibel Arslan, Oswald Inglin, Christine Heuss, Franziska Reinhard»

Wir berichten zu diesem Anzug wie folgt:

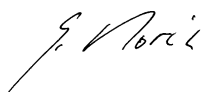
In seiner ersten Stellungnahme vom 7. März 2012 hat der Regierungsrat berichtet, dass den Forderungen der Anzugstellerinnen und -steller – nämlich die Verbesserung des Schutzes von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch – auf Bundesebene durch verschiedene Änderungen des Strafgesetzbuches vollständig entsprochen werden soll (Umsetzung der Lanzarote-Konvention) und eine kantonale Lösung unter diesen Voraussetzungen entbehrlich ist. Bezüglich den von den Anzugstellerinnen und -stellern geforderten Aufklärungsprogrammen an Schulen und in der Öffentlichkeit hat der Regierungsrat in Aussicht gestellt, die zahlreichen, bereits bestehenden Angebote einer Prüfung zu unterziehen, um festzustellen, ob diese zielführend und zweckmässig sind, respektive ob sie einer allfälligen Ergänzung bedürfen.

Die oben genannte Änderung des Strafgesetzbuchs, mit der die Inanspruchnahme sexueller Dienstleistungen Minderjähriger zwischen 16 und 18 Jahren unter Strafe gestellt wird, tritt per 1. Juli 2014 in Kraft. Künftig werden Freier mit einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft, wenn sie gegen Entgelt die sexuellen Dienste von Minderjährigen in Anspruch nehmen; die Minderjährigen selber bleiben straflos. Die öffentliche Diskussion zum Thema findet bereits statt, wie zahlreiche Medienberichte in den vergangenen Wochen und Monaten im In- und Ausland zeigen.

Auch die Aufklärung und Prävention an den Schulen wurde unter dem Stichwort Sexualpädagogik seit der letzten Berichterstattung verschiedentlich thematisiert. Aus Sicht des Regierungsrats haben sich die bestehenden Angebote bewährt und es besteht derzeit kein Handlungsbedarf.

Aufgrund dieses Berichts beantragen wir deshalb, den Anzug Ursula Metzger Junco P. und Konsorten betreffend «Verbot der Prostitution Minderjähriger» abzuschreiben.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin  
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl  
Staatsschreiberin